

Europa im Zeichen von Risiko und Sicherheit. Sommerkurs des Berliner Kollegs für Vergleichende Geschichte Europas

Veranstalter: Berliner Kolleg für Vergleichende Geschichte Europas (BKVGE)

Datum, Ort: 19.08.2007 - 25.08.2007, Berlin

Bericht von: Joachim Häberlen, BKVGE; Ma-teusz J. Hartwich, BKVGE

Dass Sicherheit, etwa als Versorgungssicherheit, Energiesicherheit oder Terrorismusabwehr, und Risiko, man denke beispielsweise an Vorfälle in AKW's, weltweite Krisenherde oder die Verlagerung von Sozialstaatsaufgaben auf die Bürger, hochaktuelle Themen sind, muss nicht weiter ausgeführt werden. Dass beide Begriffe, und die dahinter stehenden Konzepte, einer fundierten Historisierung bedürfen, hat der diesjährige Sommerkurs des Berliner Kollegs für Vergleichende Geschichte Europas eindrucksvoll bewiesen. Die schon zum wiederholten Male stattfindende Veranstaltung wurde mit der Unterstützung der ZEIT-Stiftung, der Möllgaard-Stiftung, der E.ON Ruhrgas AG und des E.ON Ruhrgas-Stipendienfonds durchgeführt und versammelte 20 Nachwuchswissenschaftler aus neun Ländern, sowie zahlreiche Referenten aus dem In- und Ausland.

Schon die ersten Vorträge am Montagvormittag gaben im gewissen Maße den Ton der gesamten Tagung vor. Nach einer kurzen Begrüßung durch MANFRED HILDERMEIER (Göttingen) leitete TATJANA TÖNSMEYER (BKVGE) in die Thematik ein. In der Gegenwart ist Sicherheit, wie Tönsmeier ausführte, ein zentrales und hoch emotionalisiertes Thema. Die Bürger erwarten vom Staat und anderen, auch privaten Institutionen, dass diese für Sicherheit sorgen. Diese Sicherheitserwartung existierte nicht schon immer, womit sich zeigt, dass das Thema Sicherheit historisiert werden muss. Die Geschichte der Versicherungen, etwa gegen Arbeitsunfälle, zeigt einen fundamentalen Wandel im 19. Jahrhundert. Unfälle wurden nun nicht mehr als Schicksal angesehen, das hingenommen werden musste, sondern als ein Ereignis, gegen das man sich versichern konnte. Die Industrialisierung steht wiederum in einem en-

gen Zusammenhang mit diesem Wandel der Wahrnehmung von Katastrophen und Unglücken. Sie könne als der Versuch verstanden werden, mittels Technik Antworten auf fundamentale Bedrohungen und Gefahren der Natur zu geben, die seit der Aufklärung nicht mehr als gottgegeben wahrgenommen wurden. Technik sollte also Sicherheit gewährleisten, ein Verhältnis von Technik und Sicherheit, das heute massiv in Frage gestellt wird, wenn Technik vorwiegend als Bedrohung wahrgenommen wird. In analytischer Hinsicht bietet sich Sicherheit als ein Konzept an, das die Kluft zwischen Politik und Gesellschaft überbrücken könnte, wie Eckhart Conze jüngst vorschlug. Es handle sich dabei immer um subjektive Kategorien, die von den Wahrnehmungen der Akteure abhängen, die es historisch zu untersuchen gilt.

In den ersten beiden Vorträgen führten der Politikwissenschaftler HERFRIED MÜNKLER (HU Berlin) und Wirtschaftswissenschaftler MICHAEL POWER (London School of Economics) in das Thema aus Sicht der Sozialwissenschaften ein. Ausgehend von begriffshistorischen Überlegungen führte Münkler einige Paradoxien der Sicherheit an, die sich unter dem Gegensatz zwischen subjektiver und objektiver Sicherheit auf den Punkt bringen lassen. Je zahlreicher die Sicherheitsvorkehrungen sind, desto größer wird die empfundene Unsicherheit, da eben erst durch die Schaffung einer Vorkehrung gegen ein Risiko dieses als ein Risiko und damit als eine mögliche Unsicherheit wahrgenommen wird. Beide, objektive und subjektive Sicherheit, können so nicht zusammenfallen. Dieses Auseinanderklaffen ist allerdings erst eine Entwicklung der Moderne. Der Religion in vormodernen Zeiten konnte es noch gelingen, wie Münkler unter dem Begriff der „Geborgenheit“ ausführte, beide Aspekte der Sicherheit zu vereinen. Hingegen haben sich in der Moderne tatsächliche und gefühlte Sicherheit voneinander entfernt. Während sich die Sicherheitssituation verbessert, nimmt das Sicherheitsbewusstsein ab. Dieser Widerspruch sei, so Münkler, einer der Stacheln, der für Fortschritt Sorge. Da die Erwartung nach mehr Sicherheit nie erfüllt werde, müssen sich Gesellschaften entwickeln. Gleichzeitig kann jedoch ein Übermaß an

Sicherheit zu gesellschaftlichen Lähmungen führen, wie das Beispiel der DDR gezeigt hat. Daher müssen Gesellschaften immer darauf bedacht sein, eine Balance zwischen Sicherheit und Risiko zu entwickeln. Wie sich diese historisch konkret in unterschiedlichen Gesellschaften gestaltet, ist Wandlungen unterworfen. Diese zu erforschen ist Gegenstand der Geschichtswissenschaft.

In seinen abschließenden Bemerkungen ging Münkler noch einmal auf das aktuelle Problem des Terrorismus ein. Dieser zielt vor allem darauf ab, Angst zu schaffen. Aufgabe des Staates sei es hingegen, die undefinierte Angst in eine konkrete, an einen Gegenstand gebundene Furcht umzuwandeln. Daher sei es essenziell, nicht mit Angst auf den Terrorismus zu reagieren, sondern mit einer „heroischen Gelassenheit“, wie Münkler es formuliert.

Der Londoner Wirtschaftswissenschaftler Power wandte sich der Unsicherheit im wirtschaftlichen und finanziellen Sektor zu, wobei er vier Themenbereiche ansprach. Erstens, die Beziehung von Risiko und Organisationen. Organisationen seien, so Power, selbst Versuche, Risiko zu kollektivieren und damit zu minimieren. Dabei ist hervorzuheben, dass Risiken als Management-Objekte konstruiert werden, wobei jeweils zu untersuchen ist, was als Risiko konstruiert wird und was nicht. Zum zweiten wandte er sich dem Verhältnis von Risikoanalyse und Risikomanagement (risk governance) zu. Entscheidend in diesem Kontext sei ein längerer Trend, Risiken in Zahlen zu fassen und sie damit kalkulierbar zu machen, was durchaus einen emotionalen Aspekt hat, wenn etwa sehr „cool“ über „low probability high risk events“ gesprochen wird. Das Problem dabei ist, dass die gesellschaftlich zentrale Frage, was ein Risiko ist, oftmals mathematischen Experten überlassen wird, einer relativ kleinen elitären Gruppe. Drittens wandte Power sich dem Verhältnis von Risiken und Chancen in Gesellschaften zu. Zunächst sehe es so aus, als ob man Risiken generell vermindern müsse. Schaut man jedoch genauer hin, so erkennt man, wie Power ähnlich wie Münkler argumentierte, dass Risiko auch gesellschaftlich wertvoll ist, wenn etwa Unternehmer Risiken eingehen, da sich nur beim Eingehen von Ri-

siken auch Chancen eröffnen. Diese Risiken einzugehen ist eine der zentralen Aufgaben von Unternehmern und Unternehmen. Viertens kam Power auf den Begriff des Risikos zu sprechen. Hiervon eine Definition zu geben lehnte er ab. Was genau als ein gesellschaftliches Risiko definiert würde, sei gerade die interessante Frage. Dies ändere sich historisch kontinuierlich und unterliege stetigen Neuverhandlungen. Wie Münkler betonte Power also die Historizität der konkreten Ausgestaltung dessen, was als Risiko wahrgenommen wird.

Am Nachmittag wandte sich der Sommerkurs dann der Konkretion dieser theoretischen Überlegungen zu, zunächst bezogen auf den klassischen Bereich der Sicherheitspolitik. JOST DÜLFFER (Köln) fragte in seinem Vortrag über die lange Periode des Friedens in Europa nach 1945, die er, im Gegensatz zum populären Begriff des Kalten Krieges, als Ost-West Konflikt bezeichnete, was diesen Frieden erhalten habe. Hierzu nannte er vier Aspekte: Zunächst warf der Zweite Weltkrieg weiterhin seinen Schatten. Gerade für die Sowjetunion sei Deutschland, das als besonders aggressiver imperialistischer Staat angesehen wurde, ein Kernproblem gewesen. Ein erneutes Erstarken Deutschlands wollte die Sowjetunion daher um jeden Preis verhindern. Deutschland einzubinden und damit erneute deutsche Aggressionen zu verhindern war aber gleichzeitig auch Ziel der westlichen Siegermächte. Zweitens betonte Dülffer das atomare Wettrüsten, das zu einer Situation führte, in der keine Seite in der Lage gewesen wäre, einen Atomkrieg zu überleben. Die Atomwaffe fungierte mithin nicht als militärische Waffe, wohl aber als politische. Gleichwohl war die Situation prekär, und mehrmals kam es zu Situationen, in denen eine Eskalation des Konflikts bis zum möglichen Atomwaffeneinsatz drohte. Drittens wurde der Konflikt als ideologischer Konflikt ausgetragen. Dies führte dazu, dass beide Seiten versuchten, sich gegenseitig mit ideologischen Mitteln subversiv zu beeinflussen. Auch wenn diese Versuche oftmals scheiterten, so hatte die Konzentration auf ideologische Mittel eine den Konflikt einhegende Funktion, die dazu beitrug, dass aus dem kalten Krieg kein heißer wurde. Viertens wurden

in dem Konflikt die wirtschaftlichen Ressourcen mobilisiert, was letztendlich dazu führte, dass der Ostblock nicht mehr mithalten konnte. Der wirtschaftliche Wettbewerb wurde zu Gunsten des Westens entschieden. Diese vier Aspekte führten dazu, dass der Konflikt sich selbst erhielt – Dülffer sprach von einem „self-sustained conflict“ – gleichzeitig aber nicht in einen heißen Konflikt eskalierte, auch wenn dies mehrmals drohte.

Im zweiten Nachmittagsvortrag führte HOLM SUNDHAUSEN (FU Berlin) detailreich die Vorgeschichte des jüngsten Balkankonflikts aus. Hierbei ist ein Zusammentreffen mehrerer Faktoren zu beobachten. Zunächst gerieten Jugoslawien und die dortige Variante des Sozialismus zu Beginn der 1980er Jahre in eine tiefe Krise, die die Bevölkerung in Form eines sinkenden Lebensstandards traf. Hinzu kam, dass die internen Nationalitätenkonflikte aus dem Zweiten Weltkrieg nie aufgearbeitet worden waren. Diese Traumata schlummerten in Jugoslawien gewissermaßen unter der Oberfläche. Entscheidend war nun, dass die Erinnerung an diese Konflikte in teils äußerst aggressiver Form im Moment der Krise wiederbelebt wurde. Die alten Nationalismen boten, vor allem auf serbischer Seite, eine Erklärung für die Krise an. Sundhausen stellte nun ausführlich dar, wie diese Situation zunehmend durch Terror und nationalistische Propaganda eskalierte, bis es schließlich zur „epistemologischen Katastrophe“ kam, bei der die Konfliktparteien nur noch ihren eigenen angeblichen Opferstatus wahrnahmen, sich selbst in einer existenziellen Bedrohung sahen, und daher nur noch mit Gewalt (re)agieren konnten.

Am Dienstag wandte sich der Sommerkurs Themen der „Inneren Sicherheit“ zu, die von Polizeigeschichte, über die Geschichte des Terrorismus im Russland des 19. Jahrhunderts bis zur Waffenkultur in Deutschland im 19. Jahrhundert reichten. THOMAS LINDENBERGER (ZZF Potsdam) führte den Kurs durch die deutsche Polizeigeschichte. Zunächst wurden die Polizei und ihre Funktionen begrifflich bestimmt. Dem formellen Polizeibegriff zufolge ist die Polizei diejenige Institution, die das Gewaltmonopol des Staates vertritt; dem materiellen Polizeibegriff

zufolge ist sie für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Abwehr konkreter Gefahren für diese Ordnung zuständig, womit sie vom Kriminalamt abgegrenzt ist, das für die nachträgliche Aufklärung von Verbrechen zuständig ist. Im zweiten Teil betrachtete Lindenberger den Wandel der Polizei in Deutschland. Hierbei sind wenigstens zwei große Wandlungen hervorzuheben. Zunächst war die Polizei bis in die Bundesrepublik hinein mit dem Schutz des Staates befasst. Damit galt beispielsweise ein Angriff auf einen Polizisten immer als ein Angriff auf den Staat. Im Zuge einer Professionalisierung der Polizei in der Bundesrepublik ab den 1970er- und 1980er-Jahren änderte sich dieses Bild. Nun ging es um den Schutz des Bürgers und seiner Freiheiten, etwa auf Demonstrationen. Angriffe auf die Polizei wurden in diesem Kontext neu bewertet und nicht mehr zwangsläufig als Angriff auf die staatliche Ordnung verstanden. Ein ähnlicher Wandel lässt sich bei der Frage nach dem Klassencharakter der Polizei feststellen. War es zu Beginn der Industrialisierung Aufgabe der Polizei, das Eigentum zu schützen, was sie fast zwangsläufig in Konflikt mit den (relativ) eigentumslosen Schichten brachte, so führte die Verbreitung gesellschaftlichen Wohlstandes zu einem anderen Verhältnis zur Polizei. Insbesondere die Automobilisierung brachte es mit sich, dass die Polizei von den Bürgern als ein Service wahrgenommen wurde, der im Straßenverkehr schützende und ordnungssichernde Funktionen wahrnahm. Auch hiermit näherte sich die Polizei also den Bürgern an. Im letzten Teil seines Referats ging Lindenberger auf die Gefahren ein, die von der Polizei ausgingen und ausgehen, denn trotz aller Wandlungen führen Polizeieinsätze immer noch häufig zu erheblichen Verletzungen. Allerdings sind diese, im Vergleich mit früheren Zeiten, wesentlich seltener tödlich und richten sich dafür gezielter gegen Straftäter und nicht mehr auf die breite Masse.

Im zweiten Vortrag „Von männlichen Rittern und schlanken eleganten Bomben“ sprach CAROLA DIETZE (DHI Washington) über Terrorattentate auf europäische Monarchen im 19. Jahrhundert und Reaktionen auf diese. Durch zahlreiche Beispiele führte sie aus, dass Staatsoberhäupter oft

betont gelassen auf die Anschlagversuche reagierten. So bestand beispielsweise der russische Zar Alexander II darauf, mit den Angreifern zu sprechen. Dies erklärte Dietze damit, dass es den Angegriffenen darum ging, der Öffentlichkeit gegenüber ein „ritterliches“ Verhalten zu demonstrieren und sich nicht eingeschüchtert zu zeigen. Den hingeworfenen Fehdehandschuh galt es aufzunehmen. Gerade im Falle Alexander II. nutzten die Attentäter dieses Verhalten aus und schafften es im zweiten Versuch Alexander umzubringen. Während Monarchen einem traditionellen Verhalten der Ritterlichkeit treu blieben, wandten die Attentäter mit Begeisterung immer modernere Mittel und Techniken an – „schlanke, elegante Bomben“, wie eine russische Anarchistin formulierte. Dietze sprach in diesem Kontext von einer Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, die sich Attentäter zunutze machten.

Im letzten Dienstagsvortrag ging DAGMAR ELLERBROCK (Universität Bielefeld) auf Fragen von Sicherheit und Waffenkultur ein. Ellerbrock begann mit amerikanischen Reaktionen auf dortige Schul- und Universitätsmassaker. Zum großen Unverständnis in Deutschland wurde unter anderem gefordert, dass mehr Studenten Waffen tragen sollten. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte der Attentäter früher erschossen werden können. Im Gegensatz dazu forderten deutsche Politiker nach dem Massaker von Erfurt, die Waffen Gesetzgebung zu verschärfen. Daran zeigen sich unterschiedliche Vorstellungen, welche Sicherheitsbereiche dem Bürger und welche dem Staat überlassen werden sollen. Dass sich diese Vorstellungen wandeln, zeigt ein Blick auf die Waffenkultur ins Deutschland des späten Kaiserreichs. Dort war der Waffenbesitz weitestgehend unreglementiert, und auch das Tragen von Waffen nur sehr wenig eingeschränkt. Zahlreiche Studenten, ältere Schüler und Gesellen besaßen Waffen. Es entwickelte sich ein lebhafter Versandhandel mit Waffen, den Ellerbrock ausführlich darstellte. Obwohl es in der Öffentlichkeit laute Rufe nach einer schärferen Regulierung gab, sahen es die Behörden anders und lehnten eine Regulierung des Waffenbesitzes bis 1928 ab. Sowohl der Vergleich zwischen dem Kaiserreich und der heutigen Situation in Deutsch-

land als auch der Vergleich mit den USA zeigte, wie wandelbar Sicherheitsdiskurse und Sicherheitskonzepte im Bereich der Waffenkultur sind.

Nach der kurzfristigen Absage von FRANÇOIS EWALD (Neuilly-sur-Seine), der über die Entstehung der Versicherung sprechen sollte, wurde der „kurze“ Konferenztag am Mittwoch durch das Referat von Bela Tomka (Universität Szeged) gefüllt. In seinem (englischen) Vortrag zur „Sozialpolitik im Ost-West-Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert“ wies der ungarische Sozialhistoriker auf die steigende Aufmerksamkeit der Geschichtswissenschaft für Sozialstaatsfragen hin, wobei jedoch vergleichende Untersuchungen aufgrund weiterhin existierender Vorurteile („geographical bias“) und methodologischer Schwierigkeiten immer noch selten sind. Ein weiteres methodisches Problem stellen in der Sozialwissenschaft entwickelte Typologien dar, die sich nicht ohne weiteres auf historische Phänomene übertragen lassen. In seiner Untersuchung der ungarischen Sozialstaatsentwicklung unterstrich Tomka historische Kontinuitäten – Ungarn war das dritte Land überhaupt, dass Sozialversicherungen eingeführt hatte –bis in die ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg hinein, also bis in die erste Zeit nach Einführung des kommunistischen Systems. Erst die 1970er-Jahre brachten neue Entwicklungen, wobei sich, im Unterschied zu den übrigen Staaten Ostmitteleuropas, schon in den 1980er-Jahren die Staatsausgaben für Renten rasant erhöhten. Schon damals bewegte sich das ungarische Modell zwischen den klassischen Typen „sozialdemokratisch“ und „liberal-konservativ“. Nach dem Systemumbruch 1989/90 und weiteren Reformen bzw. deren Rücknahme erhielt sich die Dynamik, was eine Typologisierung weiterhin erschwert.

Der Donnerstag des Sommerkurses war traditionell der Kleingruppenarbeit gewidmet. In drei Arbeitsgruppen (Leitung: Arnd Bauerkämper, Carola Dietze, Tatjana Tönsmeier) konnten die Teilnehmer ihre Forschungsprojekte vorstellen und anhand verschiedener Ansätze über Fragen von Sicherheit und Risiko diskutieren. Dabei reichten die Themen von transnationalem Terrorismus in Westeuropa in den 1970er-Jahren, über po-

litische Gewalt der Zwischenkriegszeit und verschiedene Sozialstaats- und sicherheitspolitische Aspekte bis hin zu Touristen als Risikofaktor. Da neben Historikern auch Sozialwissenschaftler und Politologen an der Tagung teilnahmen, war auch das Interesse an der Fragestellung breit gestreut und die Diskussionsbeiträge berührten neben inhaltlichen auch methodische Aspekte. Zu den wichtigsten Ergebnissen der Diskussionen gehörten der Ruf nach einer Historisierung des Sicherheits- und Risikobegriffes, die den Wandel von Vorstellungen stärker berücksichtigt, und beide Aspekte als „analytisches Tool“ versteht, das helfen kann, historische Begebenheiten mithilfe dieser Kategorien besser greifbar zu machen.

Der letzte Konferenztag begann mit JEAN-LUCS PINOL (Universität Lyon) Beitrag zu „European Cities and disease 1800-1950“. Anhand des Paradigmenwechsels von der „Miasma“-Theorie hin zur Bakteriologie – ein Prozess, der weder linear, noch unhinterfragt verlaufen ist – und konkreter Beispiele des Umgangs mit Epidemien und deren Bekämpfung im 19./20. Jahrhundert, zeigte Pinol, wie Stadtregierungen mit Hilfe von „trial and error“- und „learning by doing“-Methoden sowie unter Zuhilfenahme neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse (vor allem des Einsatzes von Kartographie und Statistik) ihre Effizienz auf diesem Feld steigern konnten. Dass dieser Fortschritt zu einem gewissen Maße auch durch Transferprozesse ermöglicht wurde, die zur Gründung eines europäischen Städtenetzwerks Anfang des 20. Jahrhunderts geführt haben, gehört sicherlich zu den interessantesten Befunden von Pinols Untersuchung.

Stärker auf die Jetzt-Zeit oder gar auf die Zukunftsperspektiven bezogen war das Zwiegespräch zwischen WERNER NOWAK, Vertreter der E.ON Ruhrgas AG, und ROLAND GÖTZ von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“, das die Vormittagssitzung beschloss. An mehreren Stellen kam dabei die Frage der Energiesicherheit, im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Russland, zur Sprache, wobei beide Redner bemüht waren, die Brisanz des Themas durch Hinweis auf strukturelle Merkmale und die Rolle privatwirtschaftlicher Akteure zu relativieren. In der

Diskussion wurden diese politischen Probleme, genau so wie Fragen der Umweltverträglichkeit und der Zukunftsplanung im Energiebereich, teilweise kontrovers angesprochen. Ein wichtiger Aspekt, der in der Diskussion wie in der Vorträgen an mehreren Stellen berührt wurde, war die Rolle des Staates – als Garant, Regulierer und letztendlich Entscheider.

Einen eher kulturhistorisch orientierten Abschluss der Tagung, mit Bezügen zur aktuellen Politik, stellte das Referat von KERSTIN JOBST (Universität Salzburg) zu Katastrophendiskursen am Beispiel des Holodomors und Tschernobyls im Prozess des ukrainischen *nation-buildings* dar. Darin wurden die genannten Ereignisse – die großen Hungersnöte der 1920er und insbesondere 1930er Jahre mit mehrere Millionen Toten und das Reaktorunglück von 1986 – im Kontext ukrainischer Identitätendiskurse analysiert. Die Referentin arbeitete heraus, wie sich in dem Land seit Ende der 1980er Jahre, in verstärktem Maße aber seit der sog. Orangen Revolution, ein nationaler Opfermythos verfestigte, der beide Katastrophen als Kitt für das Nationalbewusstsein des weiterhin gespaltenen Landes benützte. In dieser Geschichtspolitik spielten auch internationale Bezüge eine wichtige Rolle – von exilukrainischen Milieus, die das Thema des Holodomors in der 1980er Jahren in den USA in Umlauf brachten, über die Abgrenzung gegenüber Russland, bis hin zur internationalen Instrumentalisierung beider Themen.

Insgesamt zeigte die Tagung, welche thematische und methodische Vielfalt sich unter den Begriffen Sicherheit und Risiko fassen lässt. Der ausgesprochen interdisziplinäre und internationale Charakter der Veranstaltung ist dabei als großer Gewinn hervor zu heben, auch wenn deutlichere Bezüge der Referate und der einzelnen Referenten aufeinander wünschenswert gewesen wären. So oblag es in großem Maße den Moderatoren, die Klammer zwischen den Themen und den Rückbezug zu den beiden Schlüsselbegriffen herzustellen. Bezeichnenderweise wurde die Konzeptualisierung dieser am Anfang der Tagung von „Außenstehenden“ – einem Sozial- und einem Wirtschaftswissenschaftler – vorgenommen, und den Teilneh-

mern oblag es, die Theoriekonstruktionen in Auseinandersetzung mit historischen Phänomenen zu überprüfen. Die intensiven Diskussionen, mit wiederholten Bezügen zu Müncklers Begriffspaaren Angst und Furcht, und Gefahr und Risiko, haben diesem Vorgehen, wie auch der Gesamtkonstruktion der Sommerschule Recht gegeben, so dass man mit Spannung der Neuauflage 2008 entgegen blicken kann.

Konferenzübersicht:

„Europa im Zeichen von Sicherheit und Risiko“

Manfred Hildermeier (BKVGE / Universität Göttingen): Begrüßung

Tatjana Tönsmeier (BKVGE): Einführung

Herfried Münckler (Humboldt Universität zu Berlin) / Michael Power (London School of Economics): Sicherheit und Risiko in sozialwissenschaftlicher Perspektive

I. Krieg und Frieden

Jost Dülffer (Universität Köln): Europa im Ost-West-Konflikt

Holm Sundhaussen (FU Berlin): Bedrohungsdiskurse am Beispiel des Balkans

II. Verbrechen, Terror, innere Sicherheit

Thomas Lindenberger (ZZF Potsdam): Polizei und Verbrechensbekämpfung

Carola Dietze (DHI Washington): Terroristische Attentate auf Staatsoberhäupter im 19. Jahrhundert

Dagmar Ellerbrock (Universität Bielefeld): Private Waffen und innere Sicherheit. Zur Relation von Risiko und Vertrauen in der Moderne

III. Lebensrisiken und ihre Absicherung

Béla Tomka (Universität Szeged): Sozialpolitik im Ost-West-Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert

Projekttag

Diskussion der Promotions- und Forschungsprojekte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Sommerkurses in Kleingruppen mit den anwesenden Referentinnen und Referenten
Zusammentragen der Diskussionsergebnisse im Plenum

IV. Versorgungssicherheit und der Umgang mit Natur- und Umweltgefährdungen

Jean-Luc Pinol (Universität Lyon): European Cities and Diseases, 1800-1950

Zweigespräch Gerrit Riemer (E.ON Essen) und Roland Götz (SWP Berlin): Versorgungssicherheit im Energiesektor am Beispiel Rußland/Sowjetunion

Kerstin Jobst (Universität München): Katastrophendiskurse am Beispiel des Holdomors und Chornobyls im Prozeß des ukrainischen nation-buildings

Tagungsbericht *Europa im Zeichen von Risiko und Sicherheit. Sommerkurs des Berliner Kollegs für Vergleichende Geschichte Europas*. 19.08.2007 - 25.08.2007, Berlin, in: H-Soz-Kult 09.01.2008.